

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.  
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1533  
Circuloffice Riesa Nr. 52.

Nr. 149.

Sonnabend, 28. Juni 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 M. 50 Pf., durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Vorkasse. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebogens sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Beile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 40 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraumbeschränkt und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Wächter an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Druckanten oder der Beförderungs-Einrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ahlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Verjailes!

### Zum 5. Jahrestage der Friedensunterzeichnung.

Am 28. Juni 1919 setzten die Vertreter der deutschen Regierung unter dem erpresserischen Zwange der auf Deutschlands Herz gerichteten Waffen ihre Namen unter ein Dokument, wie es niederträchtiger und ausgleichs heuchlerischer in der Formgebung die Weltgeschichte nicht kennen gelernt hat, unter die 440 Artikel eines Verfassungsdiktates, in welchem, bis ins kleinste durchdacht, die Ausplünderung, Demütigung und auf ewige Zeiten berechnete Wiederherstellung eines großen Kulturvolkes niedergelegt worden ist.

Der Unterzeichnung des Vertrages ist, wie in ewiger Wiederholung mit jener Zeit, eine Regierungskrise vorausgegangen. Was doch die Gestaltung dieses Diktates insofern unheilvoll und der absichtlichen Verleumdung gewöhnlicher Form nach, so unheimlich, daß ein Schrei der Empörung durch das ganze deutsche Volk hallte. Im Glauben an die heiligen Versprechungen des amerikanischen Präsidenten hat Deutschland die Waffen aus der Hand gelegt. „Es geht um die Freiheit der Völker der Welt! Es geht um den ewigen Frieden der Welt! Es geht um die Befreiung auch des deutschen Volkes! Dabei sind und bleiben wie die ausrücktesten Fremde des deutschen Volkes und nützlich die Wiederherstellung innerer Beziehungen.“ Also sprach Wilson. Die Erschütterung über die Nichterhaltung der Versprechungen war so gewaltig, daß Reichskanzler Scheidemann, dem Nichterhalten in der Berliner Unterwelt zu Füßen, der Hand des Verdorren wünschte, die diesen Vertrag unterschrieben. Hallend erkundete seine Klage, „die Welt ist wieder um eine Million Armer geworden.“ „Ach nein, die Welt nicht, aber die deutsche Nation in Deutschland, die an ein Recht ohne Wahrungsgläubigen glaubt.“

Selbst bei der Unterzeichnung und nach der Unterzeichnung hörte die deutsche Gutgläubigkeit noch nicht auf. Man tröstete sich damit, daß dieser Vertrag ja „unausführbar“ sei, daß es also notwendig auf dem Pariser Frieden bleiben würde. Man ahnte noch nicht, mit welcher teuflischen Veranlassung die unter dem Reich wachsenden Einflüsse Frankreichs lebende Entente dieses „Friedensinstrument“ zur Anwendung bringen würde. Man ahnte nicht, wie der erfindungsreiche Kader der „Entente“ durch immer neue Auslegungen und Vergewaltigungen die deutsche Ohnmacht und Zahlungsunfähigkeit zu immer neuen Erpressungen verwandte, wie die effernen Fesseln immer tiefer ins Fleisch des deutschen Volkstörpers einschneiden mußten, wie ein Stück deutschen Bodens nach dem anderen abgerissen werden würde, bis der Ruhrbruch und seine wirtschaftlichen Folgen dem Vernichtungswert die Krone aufsetzten. Heute ist es soweit gekommen, daß der Versailles Diktat gebrochen ist, nicht von uns, von den Franzosen, die in den Bestimmungen des Friedensdiktates nur einen Anfang auf dem Wege zur gänzlichen Zerstörung Deutschlands sahen u. weiter sehen. Darüber darf auch der sogenannte neue Kurs in Paris nicht hinwegtäuschen. Die Methoden eines Polnars haben dazu geführt, Frankreich in eine moralische Isolierung hineinzubringen. Derzeit hat den Auftrag, Frankreich wieder durch eine geschicktere Gestaltung der politischen Methoden aus seiner Vereinamung herauszuführen, ohne die Grundgedanken des Verdiktates zu gefährden. Die Stellungnahme zur Ruhrkrise, das Anknüpfen der sogenannten Sicherheitsfrage, die Erklärungen belgischer Minister, alles das zeigt, daß wie auch in Zukunft nicht mit einer vernünftigen Umgestaltung des uns aufgezwungenen Friedensdiktates rechnen können.

Mit der Forderung nach Befreiung des Versailler Diktates stehen wir nicht allein in der Welt. Die Vertreter des Italiener Mittel, die Werke eines Keynes, ja die Ansprache selbst eines Churchill, Asquith, Curzon und Clemenceau, ja sogar die Aussagen des französischen Demarthal, Aulard und Georges Dille treten für die Notwendigkeit einer Revision, zum Teil in unwiderleglichen Gedankenformen, ein. Besonders temperamentvoll und geschickt haben Angehörige der jetzt in der Regierung befindlichen englischen Arbeiterpartei von jeher eine Revision des Versailler Diktates gefordert.

Aus innerer Not heraus schließt sich das ganze deutsche Volk in kluger Erkenntnis der Kultur und Wirtschaft zerschmetternden Zusammenhänge, schließen sich einseitige Männer aus allen Nationen der Forderung an: Der Vertrag kann nicht bestehen bleiben. Seine Bedingungen können auf die Dauer nicht erzwungen werden. Es dünkt uns moralisch und physisch unmöglich, ein zwangsweise Volk, groß an Zahl, wie an Mut und Tatkraft, in ständiger Knechtschaft zu halten. Wir glauben, daß der Versuch dazu den Niedergang der Zivilisation vollenden muß. Aus innerer leidenschaftlicher Überzeugung ebenso wie in nüchternem Erkenntnis der immer mehr sich aufhebenden Zusammenhänge leugnen wir die Voraussetzung, des Friedensdiktates, die Lüge von der deutschen Schuld, im festen Bewußtsein unseres Rechtes und im Glauben an die Lebenskraft unserer Nation. Wir sind wie uns gegen das mit Hunderten von Paragraphen beschriebene Dokument des Siegeswahnsinnes und des tausendjährigen Hasses eines an Kraft und Leistung unüberwindlichen Nachbarvolkes, gegen dieses Dokument, das wie ein Großstein über der Brust unseres Volkes liegt das wir am Tage der Auferstehung abwälzen werden.

## Die Notlage der Landwirtschaft.

(Fortsetzung des gestrigen Reichstagsberichts.)

Auf der Tagesordnung stehen dann 37 Interpellationen und Anträge aller Parteien über die Notlage und die Arbeitsverhältnisse der Landwirtschaft und des Weinbaues.

Abg. Schiele (Dnat.) weist auf die ständige Anzahl von Anträgen und Interpellationen hin, die Zeugnis dafür ablegen, daß es sich bei der Not der Landwirtschaft um eine große Gefahr handele, die über das deutsche Vaterland heraufbeschworen sei. Der ansehnliche Druck komme die Landwirtschaft auf das Grundsätzlichste. Die Ursachen dieses Übels liegen aber leider zum Teil auch in der falsch geleiteten Maschinelle der deutschen Volkswirtschaft. Man habe das Übel anscheinend erkannt, lasse aber die rettende Tat vermissen. Das deutsche Volk sei das beste Volkswort gegen den Untergang fremder Völker.

Abg. Schliehmann (Nat.-Soz.) feiert die Landwirtschaft als das Kernstück des Staates. Ein Volk, das die Landwirtschaft aufgeben, gebe sich selber auf. Das Landvolk werde von den Finanzmännern in unerhörter Weise geküßt. Einen kleinen Besitzer, einen Vater von 11 Kindern, habe das Finanzamt nicht weniger als sieben Mal gepfändet.

### Reichsernährungsminister Graf v. Rintelen

gibt eine Erklärung ab, in der er die furchtbare Not der Landwirtschaft anerkennt. Zur Frage der Kreditnot betont er, daß die Reichsbank der Landwirtschaft Kredite gewährt habe, die über den Rahmen eines Währungsintervalls weitlich hinausgehen. Weitere Kreditkredite seien nicht möglich. Die Landwirtschaft bedürfe auch vor allem des Realcredits. Eine weitere dringende Aufgabe sei die Finanzierung der bevorstehenden Erntearbeiten. Diese Aufgaben will die Regierung, wie der Minister weiter ausführt, mit Hilfe der Rentenbank lösen, die ja nach Ausnahme des Sachverständigenausschusses keine Währungsbank mehr ist und für den landwirtschaftlichen Kredit nutzbar gemacht werden soll. Landwirtschaftliche Warenwechsel will die Reichsbank auch weiter diskontieren. Für eine Finanzierung der diesjährigen Ernte wird die Reichsbank noch einmal Mittel zur Verfügung stellen. Auch sind nach Annahme des Sachverständigenausschusses Auslandskredite zu erschaffen. Der Minister beendet sich.

2. der Frage der Steuern u. und legt dar, daß beim Vollzug der Steuererlasse mit wirtschaftlichen Verständnis verfahren sei. Die Erbschaftsteuer solle den Landwirten bis zum Herbst gestundet werden. Auch die Einkommensteuervorauszahlungen und die Vermögenssteuer sollen beim Fehlen flüssiger Mittel gestundet werden. Um Steuern zu vermeiden, ist der Reichsernährungsminister, so betont der Redner, an neuen Verhandlungen mit der Landwirtschaft bereit. Hinsichtlich der Wehrbeiträge wird den geklagten Verhandlungen mit der Landwirtschaft zufolge eine gewisse Gleichmäßigkeit der Wehrbeiträge im ganzen Reich erstrebt werden; auch eine erhebliche Senkung der ursprünglichen Wehrbeiträge wird erforderlich sein. Ein Ziel ist jedenfalls erreicht: Für die verschiedenen Ertragsklassen ist die Steuerbelastung in gleich gerechter Weise abgestuft. Was auf diesem Gebiete für die Landwirtschaft gilt, gilt auch für den Weinbau. Auch mit den Wärgern ist es hinsichtlich der Ertragsklasseneinteilung bei der Verichtigung der Wehrbeiträge zu einer Einigung gekommen. Der Minister beendet sich nun.

3. zu dem Preisverhältnis zwischen Erzeugerpreisen und Ladenpreisen. Eine generelle Stundung sämtlicher Steuern ist nicht möglich, da eine solche naturgemäß das ganze Gebäude der Reichs- und Staatsfinanzen völlig erschüttern würde. Die hohe Spanne zwischen Erzeuger- und Ladenpreisen bilde den Gegenstand ständiger Sorge seitens der Reichsregierung. Schuld daran sei die allgemeine Lappigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse, mit deren Verschwinden eine Besserung eintreten werde.

4. spricht der Minister über das Preisverhältnis zwischen Erzeugerpreisen und den Preisen der Produktionsmittel. Ertere liegen erheblich unter den Friedenspreisen, letztere sind erheblich teurer. Die Gründe liegen einmal im Darnebeliegen der bei landwirtschaftlichen Produktionsmitteln erzeugenden Industriezweige, dann aber in dem unerträglichen Druck der Alium-Verträge. Die Annahme des Sachverständigenausschusses werde durch Einführung ausländischer Kredite an die in Frage kommende Industrie, normale Verhältnisse schaffen.

5. bildet die Tarifpolitik den Gegenstand erneuter Beratungen zwischen den beteiligten Reichsressorts. Ob und inwieweit den landwirtschaftlichen Wünschen auf Herabsetzung der Preisobergrenzen für landwirtschaftliche Produkte und Produktionsmittel entsprochen werden kann, läßt sich noch nicht sagen; doch wünscht auch die Regierung eine Klärung.

6. Bei der Zollbehandlung der aus dem Ausland in das besetzte Gebiet eingeführten Weine muß oberster Grundsatz sein, das besetzte Gebiet nicht als Zollanhang zu betrachten. Ueber die Folgerungen, die sich aus diesem Grundsatz ergeben, wird im Ausschuss sicher eine Einigung erzielt werden, welche die größten Mißstände beseitigt.

7. Ausfuhrerleichterungen will die Regierung für landwirtschaftliche Produkte soweit als möglich schaffen. Bei der mangelnden Nachfrage nach deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnissen ist allerdings eine durchgreifende wirtschaftliche Entspannung auf diesem Wege allein nicht zu hoffen.

8. In der Frage der allgemeinen Handels- und Wirtschaftspolitik hat die Regierung beschlossen, alsbald die erforderlichen Gesetzentwürfe den gesetzgebenden Körperschaften zuzuleiten, die die Verbindung einer weiteren Internationalisierung der landwirtschaftlichen Wirtschaft formen.

sowie den Schutz der heimischen Landwirtschaft überhaupt zu gewährleisten geeignet sind. Damit durch eine solche produktionserhaltende Vorgehensweise die Verbraucher nicht geschädigt werde, wird eine Entlastung der Preisgestaltung dadurch geschaffen werden, daß auf dem Gebiete der Verbrauchsbelastung eine steuerliche Erleichterung eintritt. (Leb. Beifall.)

Darauf werden die verschiedenen Anträge an die zuständigen Ausschüsse verwiesen. Die Aussprache selbst wurde fortgesetzt.

## Die Finanzlage des Reichs.

Im Steuerausschuss des Reichstags fand gestern eine Aussprache über die Finanzlage statt. — Abg. Dr. Becker-Heffen (D.Vp.) reagierte an die bestehenden Stundungsvorschriften auf alle Besitztümer auszuweiten, namentlich im besetzten Gebiet die Zahlungsfrist. Ferner müßte der Zinssatz, der jetzt bis zu 120% betrage, überall dort ermäßigt werden, wo die Zahlung der Steuern infolge wirtschaftlicher Notlage nicht geleistet werde.

Reichsfinanzminister Dr. Luther wandte sich zunächst gegen die auf Grund des letzten Reichsbankausweises in der Öffentlichkeit bestehende Auffassung, daß das Reich ein hohes Guthaben habe. Vor dem Kriege bestand ein Betriebsfonds von 600 Millionen, jetzt ist aber bei der allgemeinen Verarmung auch ein Betriebsfonds von 251 M. zu hoch und wird allmählich abgebaut. Der Minister wies darauf hin, daß die Steuern nicht in der Höhe der sehr schwierigen Voreinschätzungen eingingen, zum Teil weniger, zum Teil mehr; hier haben aber die Wehrbeiträge überwogen. Die Wehrbeiträge stehen aber auch Mehrausgaben gegenüber. Es besteht ein Loch von 470 Millionen, hauptsächlich — infolge der Ausführung des Friedensvertrages. Ein Kassaplan, der zum 1. Oktober aufgestellt sei, weist ein Defizit von 100 bis 150 Millionen auf, das durch die 100 Millionen Rentenmarkt-Kredite und den Rest der Rentenmarkt-Schapanweisungen gedeckt werden muß. — Die Goldanleihe mußte vom Reich gehalten werden, um den Kurs der kleinen Stücke aufrechtzuerhalten, schließlich mußte die Goldanleihe eingelöst werden, weil die Fälligkeiten überhand nahmen. Zurzeit laufen noch 40 Millionen große Stücke und 11 Millionen kleine Stücke Goldanleihe um. — Unmöglich sei eine generelle Steuerstundung für gewisse Erwerbsstände oder Landbesitzer. Die Stundungen müßten individuell behandelt werden. Die 5% Verzugszinsen beschränken sich auf die Fälle unrichtiger Steuerstundungsanträge und zahlungsunfähiger Nichtzahlung. Eine Wirtschaftserleichterung soll nicht eintreten, aber über diese Grenze hinaus eine generelle Steuerermäßigung oder Stundung zu bewilligen, ist nicht möglich, weil dann die Zahlungsunfähigkeit des Staates vor der Tür stehen würde. Unsere passiv Handelsbilanz von einer Milliarde Goldmark in vier Monaten beruht zu einem erheblichen Teil auf Tabakeinführen. Es müsse vermieden werden, daß diese Industrie große Steuerkredite in Anspruch nimmt und auf Grund dieser Steuerkredite ihrer Kreditwürdigkeit langfristige Kredite gewährt, was zu einer unproduktiven Festlegung des Kapitals in Waren führt.

Abg. Reinath (Dem.) wandte sich dagegen, daß Reichsgelder langfristig als Privatkredite angeboten werden. Eine generelle Stundung auf lange Sicht könne der Reichsfinanzverwaltung nicht zugemutet werden. — Abg. Dr. Sager (D.Vp.) forderte, daß aus dem Verlebe das Reich nicht mehr Geld durch Schapanweisungen ziehe, als es selbst brauche, um das übrige flüssige Geld der Wirtschaft zu erhalten. — Abg. Dr. Piffarding (Soz.) betonte, daß unsere Wirtschaft, namentlich der Export die Umsatzeiter in ihrer gegenwärtigen Höhe auf die Dauer nicht ertragen könne. Im Interesse der Volkswirtschaft liege eine möglichst baldige Abdeckung der kurzfristigen Anteile des Reiches durch Vergebung von Rentenmarktwechseln.

### Zur Reichsausschuss des Reichstags

unter Vorsitz des kommunikativen Abg. Kay wurden die Anträge der verschiedenen Parteien zur Amnestiefrage beraten. — Abg. Dr. Hofenseld (Soz.) beantragte die sozialdemokratischen Anträge. — Abg. Dr. Kahl (D.Vp.) trugte aus, daß durch eine allgemeine Amnestie die Grundpreise der Rechtspflege erschüttert würden. Er legte dann seine Stellung insbesondere zum Fall Fehnbach dar, dessen harte Bestrafung er nicht billigen könne. Seine Gegnerschaft gegen dieses Urteil habe sich noch gesteigert durch Vergleich mit anderen außerordentlich milden Urteilen, die in der späteren Zeit wegen der gleichen Delikte aber politisch andersdenkenden Persönlichkeiten gegenüber, in Bayern ergangen seien. — Der bayerische Gesandte Dr. v. Wegner bezeichnete alsdann den Standpunkt der bayerischen Regierung damit, daß er betonte, eine Amnestierung sei aus allgemein kriminalpolitischen und politischen Gründen nicht am Platze. Amnestierungen erschütterten im allgemeinen das Rechtsbewußtsein und sind Verleumdungen auf dem Wege der Revolution. Auch könne eine wie hier beantragte Reichsamnestie nur Urteile betreffen, die von Reichsgerichten ergangen sei.

### Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags

befasste sich gestern mit einer Vorlage der Regierung über die Verlängerung des zurzeit geltenden Gesetzes über die Stilllegung von Kali-Salzbergwerken bei Quotenübertragung. Angehts der mehr als unklaren Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse stimmte der Ausschuss der Regierungsvorlage zu, danach soll die Frist für die Abgabe einer Erklärung auf Stilllegung um anderthalb Jahre bis zum Januar 1928 verlängert werden.